

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Allgemeines Kundgebungsverbot im Reich

Die Reichsregierung trifft Maßnahmen zum Schutze der Staatsbürger und mahnt zur Ruhe und Besonnenheit

U. Berlin, 19. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. 6. 32 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bemaßten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Die Verordnung.

Die Verordnung des Reichsinnenministers vom 18. Juli über das Demonstrationsverbot hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Paragraphen 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 — Reichsgesetzblatt I Seite 339 — wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.
 2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 339) Anwendung.
- § 2.
1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:
 - a) Wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des Paragraphen 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt.
 - b) Wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach Paragraph 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.
 - c) Mit Geldstrafe bis zu 150 Rm. wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach Paragraph 1 verboten sind, teilnimmt.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Presse zum Demonstrationsverbot
Zum Demonstrationsverbot der Reichsregierung nehmen die Berliner Blätter eingehend Stellung. Die „Ger-

Die vertagte Abrüstungskonferenz

Französisch-englisch-amerikanische Einigung in Genf
keine Berücksichtigung der deutschen Gleichberechtigung

U. Genf, 19. Juli. Zwischen Herriot, dem englischen Außenminister Simon und dem amerikanischen Botschafter Gibson haben am Montag unter Hinzuziehung von Benesch eingehende Besprechungen über die Vertagungsentscheidung der Abrüstungskonferenz stattgefunden. Man erklärt in französischen Kreisen, daß im großen weitgehende Uebereinstimmung erzielt worden sei. Zu den Verhandlungen sind die deutschen Vertreter nicht zugezogen worden.

Ministerpräsident Herriot hat am Montag abend der französischen Presse nachfolgende Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen gemacht: In den letzten Besprechungen zwischen der französischen, der englischen und der amerikanischen Abordnung ist im großen eine grundsätzliche Einigung zustande gekommen, nach der das künftige Abrüstungsabkommen zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Seewaffen und vor allem zu einer wesentlichen Einschränkung der Angriffswaffen führen soll. In den grundsätzlichen Punkten ist ein Ergebnis erzielt worden, das weitgehend dem französischen Standpunkt Rechnung trägt (1). In der Vertagungsentscheidung der Abrüstungskonferenz wird festgestellt, daß in der ersten Phase der Konferenz über folgende Punkte eine allgemeine Einigung erzielt worden ist:

1. Begrenzung der Tonnage der Tanks.
2. Verbot der Gas-, chemischen und Brandwaffen.

mania“ spricht von einer späten Erkenntnis der Reichsregierung und einer Rechtfertigung für die Haltung der Minister der süddeutschen Länder. Die „Germania“ glaubt, daß die Reichsregierung den bitteren Weg der Erkenntnis bis zum Ende gehen müsse. Dieses Ende werde das Ende der Uniformfreiheit sein. — Der „Volkalanzeiger“ hebt hervor, die Schwierigkeit liege darin, daß fast alle von der Reichsregierung vorgesehene Maßnahmen unter die Exekutive der Länderregierungen fielen. Die Wurzel des Übels liege in dem Fortregieren der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung und des von ihr abhängigen politischen Beamtenapparates. Deshalb müsse baldigst in Preußen ein Reichskommissar eingesetzt werden. — Die „Vossische Zeitung“ sagt, die Verordnung des Reichsinnenministers sei das Eingeständnis, daß ein Experiment mißglückt sei. Man müsse sich fragen, ob es sich wirklich gelohnt habe, den Gegenstand Reich-Länder auf die Spitze zu treiben, nur um am 18. Juli für das ganze Reich zu verbieten, was bis zum 28. Juni in den Ländern verboten gewesen sei. — Die „Börsezeitung“ meint, es bleibe abzuwarten, ob die Maßnahme der Reichsregierung den gewünschten Erfolg habe. Die Lage sei zu ernst, als daß die Reichsregierung sich scheuen dürfte, Schritte grundsätzlicher politischer Art zu unternehmen, die allein geeignet seien, den Terror der Linken wirksam zu bekämpfen und den nationalen Kurs auf weitere Sicht zu garantieren. — Die „Deutsche Zeitung“ fordert ganze Arbeit. Dem Land könne nur Ruhe und Frieden gegeben werden, wenn die Reichsregierung den Reichskommissar in Preußen einsetze. — Der „Vorwärts“ meint, das Ergebnis des Verbotes sei, daß auch die Nationalsozialisten auf Demonstrationen verzichten müßten und daß der Wert der Uniformerlaubnis auf ein Minimum reduziert werde.

Die „Bayerische Staatszeitung“ begrüßt die Wiederaufnahme des Demonstrationsverbots. Es bestehe aller Grund, den verantwortlichen Reichsinnenminister für diese Kehrtwendung zu belohben und zu verhindern, daß unter dem Druck irgendwelcher Einflüsse dieser heilsame Beschluß wieder umgestoßen werde. Damit sei auch das Spiel mit dem Gedanken einer Verhängung des Ausnahmezustandes auf militärischer Grundlage im Reich und in den Ländern hoffentlich zu Ende gespielt.

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst

U. Berlin, 19. Juli. Auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Reichskanzler namens der Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

3. Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, der über die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens wachen soll.

Ferner ist eine Uebereinkunft darüber erzielt worden, daß das am 22. September ablaufende Rüstungsfeierjahr vorläufig auf vier Monate verlängert wird. Des weiteren ist vereinbart worden, daß neue Regeln des internationalen Rechts über besondere Strafmaßnahmen gegen diejenigen Mächte geschaffen werden, die in Zukunft das Abrüstungsabkommen nicht einhalten. Weiter ist die Einsetzung eines besonderen Ausschusses für die Frage der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels erzielt worden.

Keine Einigung besteht über folgende drei Fragen: 1. Das Verbot der Bombenflugzeuge. Auf diesem Gebiet sind die Verhandlungen jedoch auf gutem Wege. 2. Die Beschränkung der effektiven Truppenbestände. In dieser Frage stehen die Verhandlungen mit der amerikanischen Abordnung gegenwärtig noch auf große Schwierigkeiten. 3. In der Flottenfrage ist bisher noch keine Entscheidung getroffen. Herriot betonte weiter, daß man sich über eine wesentliche Herabsetzung der Heeresausgaben geeinigt habe. In der Vertagungsentscheidung werde eine besondere Klausel angenommen werden, daß die in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz erzielten Ergebnisse in keiner Weise weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz, insbesondere den Vorschlägen der einzelnen Abordnungen vorzuziehen.

Aus den Ausführungen Herriots geht eindeutig hervor, daß in den Meinverhandlungen zwischen der englischen, der

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat auf Grund der sich häufenden politischen Zusammenstöße ein Kundgebungsverbot für das ganze Reich erlassen.

Der Reichskanzler hat Dr. Syrup zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, S. D. Butler, ist in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung seinen Antrittsbesuch zu machen.

In Genf ist zwischen Frankreich, England und Amerika eine Vereinbarung über die Behandlung der Abrüstungsfrage zustande gekommen. Die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands wird gesondert umgangen.

Am Sonntag fand in Rumänien die Parlamentswahl statt, wobei die National-Baranisten die Mehrheit der Sitze des Parlaments erlangten.

Die Zahl der in Württemberg zur Reichstagswahl eingereichten Kreiswahlvorschläge wurde vom Kreiswahlausschuß mit 25 festgesetzt.

französischen und der amerikanischen Abordnung eine weitgehende Uebereinkunft erzielt worden ist, die offensichtlich in der Vertagungsentscheidung als das Kernstück und die Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens erklärt werden soll. Wie zu erwarten war, ist die Frage der Gleichberechtigung bisher überhaupt noch nicht behandelt worden.

Bierzehn Todesopfer in Altona

U. Altona, 19. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, beziffert sich die Zahl der Opfer des Sonntags in Altona nach den bisherigen Feststellungen auf 14 Tote und 56 Verletzte. Von den Verletzten konnten bis Montag früh 27 wieder entlassen werden. Von den 29 noch im Krankenhaus befindlichen sind 16 schwer und 13 leicht verletzt. Unter den Toten befinden sich 8 Angehörige der NSDAP., während es sich bei den übrigen Opfern um Zivilisten handelt. Unter ihnen befinden sich auch 3 Frauen.

Vom preussischen Innenministerium wird im Zusammenhang mit den Vorgängen in Altona darauf hingewiesen, daß die NSDAP. trotz der Warnungen der Polizei darauf bestanden habe, durch die Altstadt von Altona zu marschieren. Die Polizei habe diesem Verlangen nur zögernd stattgegeben, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die Demonstrationsfreiheit dieser Partei beengt werden solle.

Weitere Zusammenstöße

Am Sonntag kam es in Hessen wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern. In Dornheim entstand bei einem Propagandamarsch der SA. mit Angehörigen eines Sportvereins eine Schlägerei. Von der Bürgermeisterei wird dazu mitgeteilt, daß die Turner mit Stühlen und Biergläsern auf die SA-Leute einschlugen, die sich heftig zur Wehr setzten. — In der Nacht zum Sonntag wurden ferner auf der Landstraße zwischen Homberg und Nieder-Olfleiden 54 Nationalsozialisten von etwa 100 Kommunisten überfallen. Von den SA-Leuten wurden 12 Mann schwer verletzt.

Im Aachener Landkreis, in Euskirchen und in Verig-Glabach bei Köln kam es mehrfach zu kommunistischen Feuerüberfällen auf demonstrierende SA-Leute; die Zahl der Verletzten ist glücklicherweise verhältnismäßig gering. In der Provinz Hannover beschossen Kommunisten einen mit SA-Leuten besetzten Lastwagen, zwei Insassen wurden verletzt. Zu schweren politischen Unruhen kam es gestern mittag in Groß-Rosen (Schlesien) anlässlich eines Propagandamarsches der SA. Mitglieder der Eisernen Front griffen einen durch die Ortschaft marschierenden SA-Trupp mit Äxten, Säcken und Revolvern an. Die SA. mußte der Uebermacht weichen und hatte einen Toten, einen Schwer- und drei Leichtverletzte.

Kommunistisches Sprengstofflager in einer Berliner Kleingarten-Kolonie aufgedeckt

In einer Berliner Kleingartenkolonie wurde ein Sprengstofflager von der Polizei entdeckt. Der Besitzer des Sprengstoffes, ein Kommunist namens Abrecht, wurde verhaftet. Der Sprengstoff wurde beschlagnahmt. Es handelt sich um etwa 6 Pfund Ammonit, einen Sprengstoff, der von ungeheurer Durchschlagkraft ist. Außerdem fand man 5 Kapseln und 5 Schnüre. Teilweise waren bereits aus dem Sprengstoff Sprengkörper gefertigt worden, die mit 5 Schnüren und Sprengkapseln versehen waren.

gegen 7 Uhr
Kornbergstr.
erhalten. Als
führte, führte
Sie wurde
Katharinen-
D. Dr. Brä-
tag in gro-
und Gmünd.
vab. Gmünd.
Stuttgari
Stundgebung
nt Dr. Volk
Stuttgart der
bereits zwei-
gemeldet, das
rsch und be-
ationalsozia-
gend schützen
ers systema-
en seien.
nntmachung
eren Grün-
den 17. Juli,
ichen Land-
nicht statt-
Nach einem
in Oberdorf
den Jahren
3 Millionen
ommen- und
vorgekommen
irtschaft
a 16. Juli
eren 18-26,
helbeeren 16
, Heidelbee-
ische 35-40,
Erbsen 7-8,
-6, Weiß-
rote Rüben
n 7-8, mit
Monatsre-
pinat 8-10,
en Wochen-
In 4.80 RM.
20, Bohnen
Zwiebel 15,
rber 12 Kpf.
urten 20
das Pfund;
7-8 Kpf.
25, Kirchen
stelt
hrliche Kar-
der Frank-
wurden so-
entsprechen
In 170-410,
Schömberg:
0-150 M.
ufer 29 bis
ngen: Milch-
13-18 M. —
ngen: Milch-

Organisiertes Vertrauen?

Werkwürdige Auslegungen des „Konsultationspaktes“

II. London, 18. Juli. Zu der Frage, ob auch anderen europäischen Ländern als Italien, Belgien und Deutschland der Beitritt zum englisch-französischen Vertrauensabkommen offenstehe, die von dem englischen Außenminister wie von Herriot in bejahendem Sinne beantwortet wurde, äußert man sich in politischen Kreisen Londons dahin, daß es falsch wäre, auf diese „formellen Fragen“ allzu großen Wert zu legen. Es handle sich nicht darum, eine neue feste Organisation zu schaffen, sondern die Hauptbedeutung des Abkommens liege darin, daß die beteiligten fünf hauptsächlichsten Mächte sich verpflichtet hätten bzw. verpflichten würden, für die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage und für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eine Methode gemäß der Lausanner Aussprache zu vereinbaren, die sich im Falle der deutschen Reparationen in Lausanne bestens bewährt habe. Es sei natürlich offensichtlich, daß, falls sich die Methode der gegenseitigen informellen Aussprache bewähre, sie einmal auch auf Fälle Anwendung finden könne, auf die sie bei Abfassung des Textes noch nicht gemünzt war, wobei dann von Fall zu Fall die Heranziehung von jeweilig interessierten, jetzt aber noch außerhalb stehenden Staaten gerechtfertigt und vielleicht auch erwünscht erscheinen könnte.

Der praktische Wert des „Vertrauensabkommens“ schwindet durch diese Auslegung immer mehr zusammen. Abgesehen davon, daß es angesichts der Haltung Herriots gegenüber den politischen Fragen der Diskriminierung Deutschlands in Lausanne sehr zweifelhaft erscheint, ob sich die „Methode des Vertrauens“ bewährt hat, ist nicht ersichtlich, wodurch sich der Pakt überhaupt noch rechtfertigen soll. Vertrauen läßt sich durch die praktische Anerkennung der nationalen Lebensnotwendigkeiten sehr wohl herstellen, nicht aber theoretisch organisieren.

Vorläufiger Abrüstungspakt?

— London, 18. Juli. Die Londoner Zeitung „People“ meldet, ohne allerdings ihre Quelle zu verraten, daß in der kommenden Woche von sechs Nationen ein vorläufiger Abrüstungspakt unterzeichnet werde, der folgende drei Punkte enthält:

1. Keine Nation wird Flugzeuge für die Bombardierung unbefestigter Städte verwenden.
2. Gas- und Bakterienbomben werden abgeschafft.
3. Alle Tanks über 20 Tonnen Gewicht werden zerstört.

Sämtliche Delegationen einschließlich Rußland hätten sich bereits über diese drei Punkte geeinigt. Das vorläufige Abkommen werde voraussichtlich am Mittwoch unterzeichnet werden. Dann werde die Abrüstungskonferenz für drei Monate vertagt. Bei ihrem Wiederzusammentritt im Herbst ständen dann folgende Punkte zur Debatte: 1. Abschaffung aller U-Boote über 250 Tonnen, 2. Herabsetzung der Zahl der Dreadnoughts, 3. Abschaffung großkalibriger, weittragender Geschütze, 4. Verkleinerung der Kreuzergroßen und der Zahl der Zerstörer, 5. Verkleinerung der Flotte mit Wehrpflicht.

Rentenkonvertierung in Frankreich?

II. Paris, 18. Juli. Die französische Kammer begann die 2. Lesung des Finanzprogramms der Regierung. Vor Beginn der Sitzung hatte der Finanzausschuß eine Reihe von Gesetzesvorschlägen angenommen, die u. a. die Regierung ermächtigen, Schatzanweisungen in Höhe von zwei Milliarden Franken auszugeben, um den Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken. Die Regierung trägt sich mit der Absicht, Ende September oder Anfang Oktober die

Zwischen West oder Ost

Generaloberst von Seeckt zur Frage einer deutschen West- oder Ostorientierung

Generaloberst von Seeckt veröffentlicht in der „D.Z.“ einen ausführlichen Artikel, in dem er sich mit der Frage beschäftigt, ob Deutschland zu einem Anschluß nach Westen oder Osten gezwungen sei. Er weist einleitend darauf hin, daß für die Frage einer West- oder Ostorientierung das Verhältnis Deutschlands einerseits zu Frankreich mit Belgien, andererseits über Polen und die Tschechoslowakei zu Rußland entscheidend sei, wobei Deutschlands Verhältnis zu England, wenn auch mit Einschränkung, unter dem Gesichtspunkt einer Westorientierung zu betrachten sei. Nach einer eingehenden Untersuchung über die Vorteile und Nachteile einer Westorientierung kommt Seeckt zu dem Schluß, daß eine Westorientierung für Deutschland, soweit überhaupt ausführbar, in ihrem Nutzen zweifelhaft, in ihren Folgen verderblich sei. Sie führe nicht zu dem einzigen Ziel der deutschen Politik, zu der Wiedergewinnung der Freiheit und der Souveränität. Er sehe sich ein Volk wie das deutsche dauernd nicht nur in seiner wirtschaftlichen Wiedergeburt gehemmt, sondern auch in seiner nationalen Selbständigkeit durch seinen westlichen Nachbarn und dessen Verbündete bedroht, so müsse die Neigung wachsen, im berechtigten Streben nach Selbsterhaltung dies durch engeren Anschluß an den östlichen Nachbarn zu sichern. Auch ein solcher Anschluß berge für Deutschland in seiner jetzigen materiellen und militärischen Schwäche die Gefahr der Abhängigkeit von dem stärkeren Volk.

Generaloberst von Seeckt stellt zum Schluß die Frage, ob Deutschland in dieser Lage Rettung in einer West- oder in einer Ostorientierung suchen werde und beantwortet sie mit dem Hinweis, daß es in keiner von beiden finden werde. Trotz aller Gefahren, die Deutschland seine geographische Lage bringe, und gerade wegen dieser Gefahren liege Deutschlands Rettung nur in der eigenen Wiedererstarkung, die es erlaube, im Westen und im Osten jedem Ruhbringer Freund und jedem Friedensstörer der gefährlichste Feind zu sein.

Zu den Reichstagswahlen

Eugenberg über den Nationalsozialismus

Wülheim a. N., 18. Juni. Auf einer deutschnationalen Jugendkundgebung auf der Rennbahn Rasselberg hielt Dr. Eugenberg Sonntag nachmittag eine Rede, in der er u. a. ausführte: Er habe selbst auf die Gefahr hin, seiner Partei damit zu schaden, 1929 im Kampfe um den Youngplan, der damals noch kleinen nationalsozialistischen Partei die Hand gereicht. Deutscher Nationalismus müße den Vorrang vor deutschem Idealismus haben. Das sei der Satz, in dem er mit dem Nationalsozialismus völlig übereinstimme. Aber man wolle nicht den deutschen Idealismus vernichten. Taten wir das, fuhr Eugenberg fort, so würden wir, auf

Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um ihr einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der eine weitgehende Konvertierung der Renten vorseht. Bei der gleichen Gelegenheit soll die Kammer die Regierung ermächtigen, noch einmal für drei Milliarden Franken Schatzanweisungen auszugeben, um dadurch die Rentenkonvertierung zu erleichtern. — Das Finanzprogramm sieht eine wesentliche Erhöhung der Einkommensteuer und der Telefonartaxe vor.

Politische Zusammenstöße

Aus Gladbach-Rheydt wird folgendes gemeldet: Auf der Fahrt zu einem nationalsozialistischen Treffen in Waderath wurde am Sonntag ein Lastkraftwagen aus Düsseldorf

den Lippen die Worte „Deutschland, Deutschland über alles“, in Wirklichkeit Deutschland zerstören. Das sei der Punkt, wo sich der Weg der Deutschnationalen scheidet. Bei der Lösung der geschichtlichen Aufgabe, die innere nationale Einheit des deutschen Volkes zu schmieden, marschierten die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten.

Es werde ein hohes politisches Verdienst Hitlers sein, wenn es ihm gelinge, die Massen innerlich umzukneten. Mehr und mehr steige aber bei den Deutschnationalen eine schwere Sorge auf. Sie mühten sich um des Vaterlandes willen mit den Nationalsozialisten auseinanderzusetzen und mit rücksichtsloser Kraftanstrengung das ihrige tun, um die gefährdete Entwicklung nicht Laftage werden zu lassen. Es widerspreche innerstem deutschem Wesen, einem einzelnen Menschen alle Macht geben zu wollen. Die Deutschnationalen lehnten diese Ziele ab. Sie stellten ihnen eine Fülle fruchtbarer praktischer Pläne und Forderungen entgegen.

Adolf Hitler in Löhren

Adolf Hitler sprach auf dem Festplatz in Löhren-Athof vor einer nach Zehntausenden zählenden Menge. Er führte u. a. aus: Man habe ihm die Absicht nachgesagt, die Parteien zu zerstören. Ja, er wolle die Parteien vernichten, um dem Parteiengeist einen einzigen nationalen Willen entgegenzusetzen. Er wolle regieren und er sei zu jeder Revolution bereit, wenn nur nationalsozialistische Politik getrieben werde. Die Zeit der Halbheiten in Deutschland sei jetzt zu Ende. Die Wahl am 31. Juli könne die Entscheidung bringen, wenn das deutsche Volk sich in dem Willen zusammenfinde, der allein das Schicksal Deutschlands bestimmen könne.

Die Nummernfolge der Parteien auf den Stimmzetteln

II. Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichsminister des Innern hat in einer Verordnung bestimmt, daß in den Fällen, in denen kleine Parteien ohne Einreichung eines eigenen Reichswahlvorschlages Anschluß an den Reichswahlvorschlages einer großen Partei erklären, diese kleinen Parteien nur dann die mit einem Buchstaben-zusatz versehene Ordnungsnummer der großen Partei führen dürfen, wenn die große Partei mit dem Anschluß einverstanden ist. Andernfalls werden diese kleinen Parteien auf dem Stimmzettel erst hinter der Gesamtheit derjenigen Parteien aufgeführt, die einen eigenen Reichswahlvorschlages eingereicht haben. In diesem Fall erhalten die kleinen Parteien eigene Nummern auf dem Stimmzettel. Eine Änderung in der Berechnung der Stimmen tritt hierdurch nicht ein.“

Gleichzeitig wird bestimmt, daß solche Parteien, die im letzten Reichstag bereits durch Abgeordnete vertreten waren, auf dem Stimmzettel die ihnen bereits zugewiesene Nummer behalten können, auch wenn sie an den Reichswahlvorschlages einer anderen Partei angeschlossen sind.“

dorf mit Steinwürfen empfangen. Die Nationalsozialisten setzten sich zur Wehr und es kam zu einem schweren Zusammenstoß. Dabei wurden 6 Leute durch Revolvergeschüsse verletzt. Nach einer nationalsozialistischen Kundgebung am Hermannsdenkmal bei Detmold wurde im Wald auf dem Weg nach Lage in der Nacht zum Sonntag ein kommunistischer Lager ausgehoben. Von etwa 100 Mann, die einen Ueberfall auf die Nationalsozialisten planten, wurden 18 verhaftet. Die übrigen entkamen. Beschlagnahmt wurden u. a. Saunlaten, Bleirohre, Schraubenschlüssel, Messer, Dolche, Revolver und Stahkruten. In Wismar wurden nach einem Werbemarsh der SA zwei Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und schwer mißhandelt. Weitere kommunistische Ueberfälle werden aus Neubukow gemeldet.

Der Sturz von der Höhe

Original-Roman von Fritz Ritzel-Mainz
Copyright by Verlag „Neues Leben“
Bayr. Gmain. Obb. Nachdruck verboten

53

Es war noch früh am Abend. Felix blieb noch eine Weile sitzen und begab sich alsdann ebenfalls auf den Heimweg. Die Worte des Freundes hatten seine niedergedrückten Hoffnungen wieder belebt. Sollte Martha trotz ihres kühlen Verhaltens ihm im innersten Herzen dennoch gewogen sein, wie Blaten es so bestimmt versichert hatte? Wenn er bedachte, daß Martha ehemals ihre Gefühle für ihn so streng beherrscht hatte, daß er über ein Jahr lang neben ihr hergegangen war, ohne etwas von ihrer Liebe zu ahnen, so schien es nicht undenkbar, daß der Freund recht haben könnte.

Ein hoher Mut kam über ihn, während er langsam durch die auf den Trottoirs wimmelnde Menschenmenge schritt, die sich entweder an die glänzend erleuchteten und dekorierten Schaufenster der Warenmagazine drängte, oder mit Paketen beladen dem Heim zustrebte. War doch übermorgen Weihnachtsabend, zu dem alle diese Menschen Vorbereitungen trafen und Einkäufe besorgten, um ihre lieben Angehörigen zu erfreuen.

Felix blieb plötzlich stehen und schlug sich mit der Hand vor den Kopf. Herrgott — er hatte ja ganz vergessen, seiner Mutter ein Geschenk für das Fest zu kaufen! Dazu war es aber jetzt die höchste Zeit, wenn das Paket noch rechtzeitig in A. eintreffen sollte! Was aber sollte er wählen? Denn das war bei seiner guten Mutter eine heikle Sache. Noch jedesmal war er früher, wenn er das Christgeschenk nach eigener Wahl besorgt hatte, gründlich damit hereingefallen. Die Mutter hatte sich zwar immer bei der Ueberreichung der Gaben ansehend über alle Waßen gefreut, aber nach Frauenart begann sie schon am nächsten Tage zu kritisieren, und Felix wurde von ihr schließlich davon überzeugt, daß er etwas Unpassendes, Unberneres, wie das Gelaufte, gar nicht hätte erwählen können. Ja, wenn er Martha zu Rate gezogen und ihr die Wahl übertragen hatte, dann stimmte alles bis auf das Tisfelchen auf dem I. Wenn er das heute noch

könnte! Aber daran war ja nicht zu denken — er mußte sehen, wie er allein mit der Geschichte fertig wurde!

Einen der großen Bazare betretend, sah sich Felix nach einem passenden Gegenstande um. Einige Verkäuferinnen, die den jungen Mann wohlgefällig betrachteten, näherten sich ihm sofort und bestreben sich, ihm das Unmöglichste anzuhängen — einen Amor aus Marmor, ein giftgrünes Kaffeesevice und mehrere Bilder im Sezessionsstile, bei deren Anblick den guten Felix ein Grausen überlief. Aber er hielt sich tapfer, murmelte etwas von Wiederkommenwollen und enteilte seinen niedlichen Bedrängerinnen. Hoffentlich ließ sich in der Abteilung für Seidenwaren etwas Geeigneteres finden!

Da blieb er wie gebannt plötzlich stehen. Dieses melodische Lachen sollte er doch kennen! Richtig — dort stand Martha vor einem mit Kinderpielwaren ausgestatteten Verkaufstisch, in der Mitte einiger Herren und Damen — augenscheinlich Kollegen und Kolleginnen — und wählte unter den Gegenständen aus. Und sich umwendend, erblickte sie ihn und nickte ihm freundlich zu. Sofort war Felix an ihrer Seite und bot ihr die Hand.

„Das trifft sich ja herrlich, Martha!“ sagte er dabei eifrig. „Ich bin nämlich in der größten Verlegenheit, was ich meiner Mutter zu Weihnachten kaufen soll — du mußt mir raten!“

Lachend erwiderte die junge Dame:

„Da ist es allerdings ein Glück, daß du mich getroffen hast, denn du hättest wahrscheinlich wieder etwas nach Hause geschickt, worüber sich der gute Tante die Haare auf dem Kopfe gestäubt hätten! Aber gestatte, Felix, daß ich dir meine Kollegen vorstelle: Herr Karol — Selbentenor, Herr Magnus — fetter Bass, Fräulein Bernhaldi — unsere Altkistin und dieses reizende Ding ist unsere Koloratursängerin Fräulein Hartort!“ Und auf Felix deutend, fuhr sie fort: „Mein Bester Felix Tauter, den ihr ja alle vom Hörensagen kennt — derselbe, welcher der Fremdenlegion in Algier per Flugmaschine entflohen ist!“

Alle umdrängten Felix und schüttelten ihm die Hand. In wenigen Augenblicken war der junge Mann unter dem gemüthlichen Theaterwühlchen heimisch, und ein lebhaftes Gespräch entwickelte sich, in welchem sich Felix in seiner, durch Marthas Anwesenheit gehobenen Stimmung als ebenso unterhaltender wie launiger Gesellschafter erweist.

Aber Martha ließ zu langem Schreien keine Zeit und drängte, die Einkäufe zu beenden.

„Wir fünf von der großen Oper beschenken nämlich alle Jahre eine Anzahl armer Kinder zu Weihnachten!“ erklärte sie Felix. „Fräulein Hartort und ich haben den Brauch eingeführt und die anderen freuen sich jedesmal darauf wie die Schneekönige! Unsere kleine Hartort hat schon heute nachmittag den Christbaum gepußt — wunderbar soll er sein — ein Traum, wie sie versichert! Wenn du dabei sein willst, Felix, dann bist du freundlich eingeladen! Jetzt wollen wir aber das Geschenk für die Tante aussuchen!“

Bald hatten sie dasselbe in Gestalt eines Seidentuches erstanden und verließen mit Paketen beladen das Warenhaus, um sich zu Fuß nach der hauptsächlich von Künstlern besuchten Weinstraße zu begeben, wo die Bescherung für die armen Kinder stattfinden sollte.

Es hatte schon zu schneien begonnen und war kälter geworden, so daß die langsam niederschwebenden großen Flocken eine weiße Decke über die Straßen und Häuser legten und jedem Laternenpfahl, jedem Wasse der elektrischen Bahn ein weißes Köppchen aufgesetzt hatten.

„Richtiges Weihnachtswetter!“ meinte Martha Mülle, indem sie den ihr von Felix gebotenen Arm nahm und neben ihm tapfer darauf losschritt. Dabei plauderte sie unaufhörlich und kam aus dem Hundertsten in das Tausendste — eine Art, wie sie Felix an dem früher so stillen Mädchen gar nicht gewohnt war.

„Der Karol ist ein seelenguter Mensch, der Herz für die Armut hat!“ erzählte sie. „Da — bei seiner Riesengänge kann er es sich auch leisten! Und die kleine Hartort ist eine Meisterin im Fechten! Selbst unserem griesgrämigen Regisseur hat sie zehn Mark für unsere Bescherung abgetrotzt — wenn das dem seine Frau wüßte — o weh! Aber sage einmal, Felix — warum läßt du dich denn gar nicht mehr bei mir sehen? Bist du von deiner Flugkunst so in Anspruch genommen, daß du nicht einmal deinem alten Wäschen hier und da guten Tag sagen kannst?“

„Ich wußte nicht, ob dir mein Besuch angenehm ist, Marthal!“ flötete Felix. „Und da du mich eingeladen hast, wiederzukommen, so — —“

„Na, höre einmal,“ unterbrach ihn die junge Dame, „find wir uns denn so fremd geworden, daß es zu deinem Besuche jedes Mal einer feierlichen Einladung bedarf? Komme doch ungeniert, so oft es dir paßt — für dich bin ich immer zu sprechen!“

Aus Württemberg

Keine Klage beim Staatsgerichtshof

Zwischen den süddeutschen Länderregierungen haben in der Zwischenzeit Verhandlungen darüber stattgefunden, ob die zweite Notverordnung des Reiches, die das von mehreren Ländern erlassene Uniform- und Demonstrationsverbot aufhob, durch eine gemeinsame Klage beim Staatsgerichtshof angefochten werden soll. Der württembergische Staatspräsident Holz hat, wie das Heilbronner „Nedar-Echo“ zu berichten weiß, auf Anfrage mitgeteilt, daß diese Verhandlungen bisher noch kein Ergebnis gezeitigt haben. Die Verordnung des Reiches werde auch weiterhin loyal durchgeführt werden, wobei eine Nachprüfung ihrer Berechtigung selbstverständlich jederzeit vorbehalten bleibe.

Wer veranlaßt die Zwangsversteigerungen?

Der Abg. Winter (S.) hat folgende kleine Anfrage an die Regierung gestellt: Nach Zeitungsmitteilungen sind im ersten Vierteljahr 1932 in Württemberg insgesamt 691 Zwangsversteigerungen in Grundbesitz angeordnet worden. Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft darüber zu geben, wie sich der Kreis der Gläubiger zusammensetzt, insbesondere wieviel Anträge von Privatpersonen, Banken, Oberamts Sparkassen, von der Landeskreditanstalt usw. gestellt werden?

Der Wettbewerb für das Alte Schloß

Zur Erlangung von Entwürfen für den Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart wird ein öffentlicher Wettbewerb unter den die württembergische Staatsangehörigkeit besitzenden und den seit 1. Januar 1932 in Württemberg wohnenden Architekten ausgeschrieben. Für die besten Entwürfe werden Vergütungen geleistet, die als Preise ausgesetzt werden, und zwar ein erster Preis zu 1500 RM., ein zweiter Preis zu 1200 RM., ein dritter Preis zu 1000 RM., ein vierter Preis zu 700 RM., für Ankäufe zusammen 1500 Reichsmark. An der Spitze des Preisgerichts stehen: Otto Kuhn, Präsident, Vorstand der Bauabteilung des Finanzministeriums, Stuttgart, und Theophil Frey, Ministerialrat und Berichterstatter beim Kultministerium Stuttgart.

Aus den Parteien

Wahlaufruf der Deutschen Staatspartei.

Die Leitung der Deutschen Staatspartei erläßt einen Wahlaufruf, in dem es heißt: Verfassung, Parlamentarismus, Demokratie werden mißachtet. Die Staatsautorität ist erschüttert. Sicherheit und Ordnung sind dahin, Leib und Leben des friedlichen Bürgers sind täglich bedroht. Die Notverordnung des Kabinetts von Papen ist so scharf und unsozial, wie keine vorher. Von Arbeitsbeschaffung ist nicht mehr die Rede. Den Junkern zuliebe schreitet das Kabinett Papen dazu, die Autarkie, dieses Hauptstück einer unfinnigen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, zu verwirklichen. Die Zunahme der furchtbaren Arbeitslosigkeit steht am Ende dieses Weges. Im preußischen Landtag liefert der Nationalsozialismus den Beweis, daß sein „Sozialismus“ der würdige Bruder des Volkshemismus ist. Kämpft mit dem Stimmzettel dafür, daß die Macht vom Staate ausgeübt wird und nicht von uniformierten Privatsoldaten einzelner Parteiführer. Kämpft für Arbeitsbeschaffung und als deren Kernstück für die Siedlung. Kämpft dafür, daß deutsche Arbeit wieder den Weltmarkt erobert. Kämpft für politische, geistige und wirtschaftliche Freiheit.

Der Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs.

Der Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs für die Reichstagswahl lautet: Dr. Theodor Heuß, leitender Reichstagsabgeordneter; Dr. P. Bruckmann, Fabrikant, Heilbronn; Lucie Krauß, Gewerbeschafflerin, Stuttgart; Dr. Fritz Mauthe, Fabrikant, Landtagsabgeordneter, Schwemmingen a. N.; Johannes Fischer, Landtagsabgeordneter, Stuttgart; Dr. Reinhold Maier, Wirtschaftsminister, Landtagsabgeordneter, Stuttgart; Robert Schneider, Spenglermeister und Stadtrat, Ulm; Rudolf Vinkenheil, Vermessungsrat, Schramberg.

SA-Aufmärsche in Nagold und Pforzheim.

Nagold stand am Sonntag im Zeichen des Hakenkreuzes. Anlässlich eines Treffens des Sturmbanns 126 der SA. weilten annähernd 1000 SA-Leute in der Stadt. Morgens um 8 Uhr rückten die verschiedenen Stürme auf dem Sportplatz an, wo zum Kirchgang angetreten wurde. Nach kurzer Mittagspause erfolgte unter großer Anteilnahme der Bevölkerung ein Propagandamarsch durch die Stadt. Die mit Hakenkreuz- und schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückten Straßen boten ein buntes Bild. Glänzend war der Vorbeimarsch der SA., den Standartenführer Jagow unter Sturmbannführer Matusen abnahm. In einer sich anschließenden Kundgebung im Stadtgarten führte Jagow u. a. aus, daß heute fast jeder deutsche Volksgenosse wisse, für was die Nazis kämpfen, für Freiheit und Brot, für einen Staat der Einigkeit und Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit, Sittlichkeit und Treue. Das Volk steht auf, der Sturm bricht los. Mit Begeisterung werden diese Worte von der Menge aufgenommen. Als nächster Redner sprach Landtagsabgeordneter Böhner. Er betonte, daß die Nationalsozialisten, die bisher die Unterdrückten waren, nach dem 31. Juli die Richter sein würden. Sie würden gerecht richten. Die Bekanntheit, daß heute über 40 000 Parteigenossen in den Gefängnissen schmachten, löste einen Entrüstungssturm aus. Ortsgruppenleiter Dr. Stähle führte aus, daß der Sieg Adolf Hitlers durch nichts mehr aufzuhalten sei. Die Kundgebung schloß mit dem Horst-Wessel- und Deutschland-Lied.

In Pforzheim stand der Sonntag im Zeichen des SA- und SS-Treffens der Nationalsozialisten. Rund 4000 Braunhemden beherrschten die Stadt, die vielfach reichen Plagenschmuck in den Straßen zeigte. Die Bewohnerschaft Pforzheims war von morgens bis abends auf den Beinen. Am Vormittag fanden auf verschiedenen Plätzen Standkonzerte der SA.-Kapellen statt. Im Stadtgarten, wo die Stadt-Feuerwehrkapelle das übliche Wandkonzert bestritt, hatten sich auch etwa hundert Besucher eingefunden. Am Nachmittag trauten sich dann in den Straßen die Menschenmassen, die

den Aufmarsch der SA- und SS-Leute an sich vorüberziehen ließen. Anschließend war großer Betrieb im Stadtgarten, wo ein Militärkonzert der SA.-Kapellen stattfand.

Aus Stadt und Land

Calw, den 19. Juli 1932.

Persönliches.

Aus Karlsruhe wird uns mitgeteilt, daß dort Dr. Paul Wagner, ein gebürtiger Calwer, eine eigene neuzeitlich eingerichtete Privatklinik eröffnet hat. Dr. Wagner hat sich durch seine jahrelange Tätigkeit am Karlsruher Stadtkrankenhaus einen ausgezeichneten Ruf als Facharzt für Chirurgie erworben.

Eine seltene Kakteenblüte

Konnte man am Sonntag bei Gärtnerbesitzer Widmann in der Vorstadt beobachten. Es handelte sich um das erstmalige Blühen einer vierjährigen *Cereus grandiflorus*, auch Königin der Nacht genannt. Diese in Westindien heimische Kakteenart pflegt in der Natur von Wäldern und Felsen herabzuhängen, sie bringt prächtige weiße Blüten hervor, die sich nachts erschließen und im Verlauf weniger Stunden welken. Die hier zu beobachtende Blüte begann sich etwa um 8 Uhr abends zu öffnen, stand dann von 10 bis 12 Uhr nachts in voller Entfaltung und hatte sich um 3 Uhr bereits wieder geschlossen. Das schöne und interessante Natur Schauspiel lockte eine große Anzahl Blumenfreunde herbei.

Handelskammer Sitzung

Am letzten Dienstag hielt die Handelskammer Calw auf dem Rathaus zu Herrenberg unter Vorsitz von Direktor E. Sannwald, Calw, eine öffentliche Sitzung ab. Aus der Zahl der Beratungsgegenstände mögen folgende hervorgehoben sein: 1. Das Problem des Kraftverkehrsmonopols. Wie bekannt, steht der Kraftwagen zur Zeit stärker denn je im Wettbewerb mit der Eisenbahn. Die Verhältnisse sind so unhaltbar geworden, daß durch Notverordnung vom 6. Oktober 1931 der Versuch gemacht worden ist, wenigstens den Verkehr über die 50-Km.-Freigrenze hinaus den Tarifen der Reichsbahn anzupassen und auf diese Weise den Hauptwettbewerb zu unterbinden. Man kann aber heutzutage schon sagen, daß dieser Versuch mißlungen ist, hauptsächlich deshalb, weil eine Kontrolle der Kraftfahrzeuge beinahe unmöglich erscheint. Die Reichsbahn hat daher im Plan, ebenso wie sie es für die Reichsbahn und Reichspost hat, so auch für den Kraftverkehr, sich selber ein Monopol zu verschaffen. Die Gründe für und wider wurden eingehend dargelegt und erörtert. Wenn auch die Gründe für ein solches Monopol anerkannt wurden, namentlich der, daß man die Reichsbahn als Inhaberin eines großen Teils des Volkvermögens überhaupt unterstützen müsse, waren die Bedenken gegen den Plan eines solchen Monopols doch weit stärker. Die Reichsbahn hätte sich schon längst der neu aufkommenden Konkurrenz bewußt sein müssen. Es sei auch im Interesse der Wirtschaft gelegen, wenn die Reichsbahn nicht allein die Preise diktieren dürfe, sondern einen starken Konkurrenz neben sich habe. Die Reichsbahn hat es auch unterlassen, sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anzugleichen. Vom Standpunkt der Wirtschaft aus mußte daher die Kammer zur Ablehnung des Monopolgedankens im Kraftverkehr kommen. — 2. Herr Baeßler berichtete über den Entwurf zu einem Reichskurortgesetz. Mögen auch manche Gedanken in dem Gesetz enthalten sein, die brauchbar und zweckmäßig erscheinen, so kam die Kammer zu einer grundsätzlichen Ablehnung dieses Gesetzes schon aus dem Grund, weil es unmöglich sei, die ganz verschiedenen Verhältnisse der Kurorte, Bäder und dergleichen innerhalb des Deutschen Reiches einheitlich zu regeln. Diese Bedürfnisse zu erfüllen sei vielmehr einzig und allein Sache der Länder und Gemeinden selbst. Die Regelung muß sich hauptsächlich auf 3 Punkte erstrecken: Auf die Bekämpfung des Rarms, insbesondere der Motorräder, auf ein Verbot politischer Demonstrationen (ein solches ist von Freudenstadt in den letzten Tagen schon durch den Gemeinderat erlassen worden) und hauptsächlich auf eine Beseitigung der Knebelvorschriften bezüglich des Arbeitszeitgesetzes. Wenn diese drei Punkte erfüllt wären, würde dem, was die Kurorte und Bäder brauchen, in weitem Umfang gebient sein. — Der Geschäftsführer berichtete sodann über schwebende Steuerfragen, namentlich über die zur Zeit wieder angeregte Frage des dreijährigen Durchschnitts der Gewerbesteuerberechnung. Es ist kein Zweifel, daß heutzutage in der Zeit fluktuierender Konjunktur die Berechnung des dreijährigen Durchschnitts ungerecht wirkt insofern, als die Steuern aus Erträgen bezahlt werden müssen, welche schon jahrelang zurückliegen. Obwohl sich die Kammer bewußt ist, daß diese Steuerhebung heutzutage hart und vielfach auch ungerecht wirkt, besteht doch allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß es unrichtig wäre, das System des dreijährigen Durchschnitts heute anzugreifen. Bei einer steigenden Konjunktur, an die man wohl glauben darf, wird die Wirtschaft zweifellos wieder den Vorteil von dieser Durchschnittsberechnung haben. Ebenso stellt sich die Kammer auf den Standpunkt, daß die Aufhebung der Umsatzsteuerfreigrenze, wie sie durch die letzte Notverordnung angeordnet wurde, durchaus richtig war, und daß keinerlei Berechtigung dafür besteht, unter heutigen Verhältnissen die kleinen Umsätze von der Steuer gänzlich zu befreien. — Herr Niethammer, Herrenberg, berichtete sodann über Einzelhandelsfragen, wie sie in den letzten Monaten zur Bepfropfung gestanden sind. Ueber die Frage der Regelung von Sonderveranstaltungen über die Anpassung der Saison- und Schlusverkaufsstermine in Württemberg, Baden und Bayern bezüglich dieser Termine ist gerade in den Grenzgebieten eine Unruhe im Einzelhandel entstanden, weil die badischen Nachbarstädte ihre Ausverkäufe meist etwas früher beginnen, als es in Württemberg möglich ist. Trotzdem kann aber von der nunmehr einheitlich festgelegten Regelung für ganz Württemberg bezüglich der Ausverkaufstermine nicht abgegangen werden, insbesondere auch nicht zugunsten der Kurorte und Bäder. Es wird aber der Versuch gemacht werden, die badischen Grenzstädte zur möglichen Angleichung an die württembergischen Termine zu veranlassen. Auch die Frage des

Wandergewerbes und der Wanderlager wurde wiederum behandelt. Es wurde ein scharfer Zugriff der Polizei verlangt. Ein Erfolg in der Bekämpfung der Mißstände bleibe meist dann nicht aus, wenn die Polizeibehörden die ihnen zur Verfügung stehenden Nachtmittel richtig auszunutzen verständen, wie es beispielsweise in Herrenberg und Freudenstadt der Fall gewesen sei. Nach Abschluß der Verhandlungen besichtigte die Kammer die schöne Stadt Herrenberg und ihre musterhafte Badeanlage.

Aus den Parteien

Wählerversammlung der DNVP. Calw

In einer unter Vorsitz von Stadtrat Wochele abgehaltenen Wählerversammlung der Bürgerpartei Calw im Weichschen Saal sprach am Sonntagabend Pfarrer D. Traub-München. Der als Herausgeber der Eisernen Blätter weithin bekannte Redner betonte eingangs, daß er sich bei dem Rausch, der gegenwärtig von rechts wie links durch Deutschland gehe, bemühen werde, streng bei der Wahrheit zu bleiben, und schilderte dann das Zustandekommen der Regierung v. Papen. Brüning habe gehen müssen, weil er die vom Reichspräsidenten geforderte Entlassung Gröners nicht vornehmen wollte. Nicht über die Siedlungsverordnungen, sondern über das Urteil des Obersten Reichsgerichts zum SA.-Verbot sei das Kabinett Brüning gestürzt. Brüning habe im übrigen freie Entscheidung gehabt und sei anscheinend nicht ungerne gegangen. Zur neuen Regierung bestanden für die DNVP. keinerlei Bindungen, doch müsse anerkannt werden, daß sich das Kabinett v. Papen aus sachlich denkenden Menschen zusammensetze. Wenn von demagogischer Seite in den Angriffen gegen die Regierung immer wieder mit dem Siedlungsgedanken operiert werde, so sei das ein Mißbrauch. Das Siedeln sei keine soziale Angelegenheit, sondern die Eignung und die wirtschaftlichen Kenntnisse der Siedler seien ausschlaggebend. Der Redner verteidigte sodann die Haltung v. Papens auf der Lausanner Konferenz und setzte auseinander, daß der Reichsführer von vorn herein mit gewissen Bindungen in die Verhandlungen eingetreten sei. Bedingte Voraussetzung für das Zustandekommen der Konferenz sei das Zugeständnis Deutschlands gewesen, die im Hooverjahr gefundeten Zahlungen zu leisten; ferner habe der Bevollmächtigte Brünings in Paris, der Bankdirektor Bergmann, die deutsche Bereitschaft zu einer Schlusszahlung von 4 Milliarden RM. kundgetan. Zudem sei von sozialdemokratischer und von Zentrumseite über die Pariser Vorkonferenz der Verlauf der Konferenz unheilvoll beeinflusst worden. Daß die politischen Forderungen v. Papens in Lausanne nicht durchgesetzt werden konnten, bezeichnete der Redner als die Folge eines schwarz-roten Dolchstoßes. v. Papen hätte in diesem Augenblick die Konferenz verlassen sollen; er hätte dabei gar nichts riskiert, denn alle Welt wäre von der Schuld Frankreichs am Konferenzabbruch überzeugt gewesen. Immerhin habe v. Papen das Brüning-Angebot von 4 auf 3 Milliarden herabgerückt und den Youngplan mit seinem Sanktionsrecht und den Fesseln für Reichsbank und Reichsbahn beseitigen können. Mit den Lausanner Geheimabkommen hätten die Diplomaten den Grad der üblichen Täuschungsmanöver weit überschritten, Deutschland habe sich jedoch einigermaßen sichern können. Das Zweimännerkollegium Herriot-Macdonald richte sich mehr gegen Amerika; England scheine den schwachen Versuch zu machen, sich die Führung in den Kriegsschuldenverhandlungen zu sichern. Bedenklich sei allerdings für Deutschland das Verschwinden seines besten Sekundanten Italien. Ein Beitritt zum Konsultativpakt komme für uns nicht in Frage. Zur Innenpolitik übergehend, bedauerte der Redner, daß auch Württemberg durch seine Teilnahme am süddeutschen Ministerium in Berlin in die Front gegen das Reich eingetreten sei. Er wandte sich mit Schärfe gegen eine Auflösung des Reiches und warf dem Zentrum vor, es treibe zum Kulturkampf, weil es nicht mehr an der Herrschaft sei. D. Traub widmete dann der Führerpersönlichkeit Hugenberg's Worte hoher Verehrung und sprach hierauf über das Verhältnis seiner Partei zur NSDAP. Die deutschnationale Volkspartei, so sagte er, brauche die Nationalsozialisten, um mit dem alten System fertig zu werden, und kämpfe kameradschaftlich mit ihnen zusammen. Die nationalsozialistische Bewegung sei etwas Elementares, werde aber zugleich eine große Gefahr. Zweidrittel der Anhängerschaft habe sie auf Grund ihrer auf Suggestion beruhenden Wirkung an sich gezogen. Würden diese Massen, die an eine schlagartige Besserung glauben, enttäuscht, wäre die Wirkung katastrophal. Anzuerkennen sei, daß der Nationalsozialismus seine Leute zur Opferbereitschaft erziehe und dem Gehorchen wieder Geltung verschaffe habe. Andererseits sei die NSDAP. kein ganz ehrlicher Kompagnon; man wisse heute nicht mehr, was sie eigentlich wolle und erlebe, besonders in der parlamentarischen Arbeit, das Widersprüchlichste. Der Redner stellte eine unverantwortliche Zerfahrenheit fest und forderte Sammlung auf den staats- und wirtschaftspolitischen Erfahrungsgrundsätzen der DNVP. Es wäre besser die Parteien vertränten einander und verständigten sich. Das Sehen von Nationalem und Sozialem auf eine Linie habe sich noch immer als nachteilig für das Nationale erwiesen. Zudem sei es überflüssig, denn alles echt Nationale schließe ohnehin Soziales in sich. Der Redner trat für eine starke DNVP. ein und beklagte den Zerfall des Mittelstandes; dieser werde zerrieben, weil ein Teil des Bürgertums nicht den Mut zur Entscheidung besitze. Mit dem Glauben an die unverfälschte Lebenskraft des deutschen Volkes und die Erfüllung des Vermächtnisses der Weltkriegstoten schloß der Vortragende seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Verwaltungs-Sonderzug von Stuttgart nach Hamburg und Bremen mit Hochseefahrt der Schwaben.

Wir machen auf die Anzeige über diese billige Veranstaltung in der heutigen Ausgabe besonders aufmerksam. Bei dem großen Interesse für die Hochseefahrt ist baldige Anmeldung geboten.

Better für Mittwoch und Donnerstag.

Von Westen nähert sich Hochdruck. Für Mittwoch und Donnerstag ist mehrfach aufsteigendes, aber immer noch veränderliches Wetter zu erwarten.

1927.32
Gehingen, 18. Juli. Einen Beweis dafür, daß die Armut auch die früher mit an erster Stelle stehende Gemeinde Gehingen betroffen hat, gibt folgende durch die Ortschelle bekanntgemachte Verordnung: „Sämtliche Steuerpflichtige bis zu 60 Jahren haben sich in alphabetischer Reihenfolge zu den vom hiesigen Gemeinderat beschlossenen Frondiensten beim Wegmeister zu stellen; die Feldwege müssen ohne jegliche Bezahlung wieder hergestellt werden.“ Schon voriges Jahr wurde diese Maßnahme ergriffen; der Gemeindefiskus ist hierdurch ein erheblicher Unkostenbeitrag erspart.

Neuenbürg, 18. Juli. Der älteste Bürger unserer Stadt und frühere Besitzer des Sägewerks Eisenhuth, Privatier Eugen Seeger, ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag im Alter von nahezu 90 Jahren verschieden. Der Verstorbene war eine in Stadt und Land wohlbekannte Persönlichkeit. Er bekleidete in früheren Jahren verschiedene Ehrenämter, wie er sich überhaupt um die Belange seiner Vaterstadt in hohem Maße kümmerte.

Calw, Pforzheim, 18. Juli. In der Nacht zum Sonntag und am Sonntag kam es laut Polizeibericht zwischen Angehörigen gegenständig eingestellter politischer Gruppen an verschiedenen Orten zu Reibereien, deren weitere Auswirkung aber durch das Dazwischentreten der Polizei gehindert werden konnte. Ermittlungen zur näheren Feststellung des Sachverhalts sind im Gange.

Magold, 18. Juli. Gestern nachmittag 3.30 Uhr ereignete sich beim Bahnübergang Hatterbacher Straße ein Autounfall. Ein mit einem Ehepaar besetzter, geschlossener Wagen kam in der Kurve ins Schleudern, kam der Böschung zu nahe und überschlug sich. Die Insassen kamen mit leichten Kopfverletzungen davon. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Calw, Freudenstadt, 18. Juli. Die Halbjahresbilanz des hiesigen Fremdenverkehrs weist ein befriedigendes Ergebnis auf. Kurtage wurden vom 1. Januar bis 30. Juni 1932 24 008 Rm. eingenommen gegenüber 24 310 Rm. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Calw, Stuttgart, 18. Juli. Ein 17 Jahre alter Wanderbursche aus Hallertau (Oberfranken), der in Feuerbach auf

einen Baum geklettert war, um Kirichen zu pflücken, stürzte dabei infolge Mißbruchs ziemlich hoch ab und fiel auf einen eisernen Statenzahn, in dem er schwerverletzt stecken blieb. Mit tiefen Stichverletzungen und Quetschungen mußte der Bedauernswerte in bewußtlosem Zustand in das Feuerbacher Krankenhaus verbracht werden.

Calw, Stuttgart, 18. Juli. Bei der Reichsbahndirektion in Stuttgart tagt zur Zeit die 8. deutsch-polnisch-sowjetische Gütertarifkonferenz unter dem Vorsitz von Reichsbahnoberverrat Dr. Schmidt-Breslau. Die Verhandlungen dienen dem weiteren Ausbau der Eisenbahntarife zwischen Deutschland und Sowjetrußland auf dem Wege über Polen. Im Hinblick auf den Abschluß des neuen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens, das am 10. Juni ds. Js. in Kraft getreten ist, kommt ihnen für die Wirtschaft der beiden Länder besondere Bedeutung zu.

Calw, Heilbronn, 18. Juli. Am Sonntag nachmittag hat der verheiratete Buchbinder Gustav Ehrle auf seine 20 Jahre alte Tochter Helene einen Schuß aus einer Selbstlade-Pistole abgegeben. Das Mädchen wurde in den Leib getroffen und mußte schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden. Anlaß zu der Tat war ein Vorhalt der Tochter wegen der Trunkenheit des Vaters. Der Täter wurde festgenommen.

Calw, Alen, 18. Juli. Die ungeheuren Regenmengen haben Köcher und Aal und die kleinen Bächlein zu reißenden Strömen werden lassen. Durch die Wucht, mit der die Wassermassen an die Ufer heranbrausten, wurde in der äußeren Gartenstraße die betonierete Stützmauer an zwei Stellen auf mehrere Meter weggerissen, wodurch ein kleines Wohnhaus sowie ein Werkstattegebäude gefährdet sind.

Calw, Ulm, 18. Juli. Bei einem über Jütingen niedergelassenen Gewitter fielen die Hagelkörner in so großer Menge hernieder, daß die Früchte zum größten Teil vernichtet sind. Besonders schwer wurde die südwestliche Markung der Gemeinde betroffen. Der Schaden kann schätzungsweise mit 80-100 Prozent angenommen werden. Die Gartengewächse sind beinahe vollständig vernichtet, auch einige Obstbäume fielen dem Sturm zum Opfer.

Calw, Weidenstetten, D.-A. Ulm, 18. Juli. Bei einem Wolkenbruch am Freitag abend traten die beiden Hülen bald über ihre Ufer. Von den Höhen strömte das Wasser wie ein reißender Gebirgsbach in die Ortschaft herein. Etwa drei Viertel der Ortschaft stand unter Wasser, das an manchen Stellen auf der Straße 60-80 Zentimeter Höhe erreichte. Die meisten Keller sind bis oben mit Wasser gefüllt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse
Calw, Stuttgart, 18. Juli. Sehr geringes Geschäft hatte der Aktienmarkt, wo auch die Kurse mehrfach nachgaben. Dagegen lag der Rentenmarkt fast durchweg fest.

L. C. Stuttgarter Landesproduktbörse vom 18. Juli.
Weizen 25,50-26,50; Sommer- und Futtergerste, nominell (19-20); Weizenmehl 40,30-40,80 (40,90-41,40); Brotmehl 32,30-32,80 (32,90-33,40); Weizenheu 3,25-4,50 (3,25-4,25); Kleehheu 4,50-6 (4,25-5,50); Strohh 3,50-4,25.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 18. Juli.
Weizen, märkischer 297-299; Futter- und Industrieergerste 157-172; Hafer, märkischer 151-161; Weizenmehl 29,50 bis 33,75; Roggenmehl 24,75-26,50; Weizenkleie 11,50-11,75; Roggenkleie 10,25-10,60; Viktoriaerbsen 17-23; kleine Speiseerbsen 21-24; Futtererbsen 15-19; Pelusiden 16-18; Ackerbohnen 15-17; Wicken 17-19; Lupinen, blaue 10,50 bis 11,50; dto. gelbe 15-16,50; Leinfuchsen 10,40-10,70; Erdnußfuchsen 11,20-11,30; Erdnußfuchsenmehl 11,40-11,50; Trokenschnitzel 9,40-9,60; extraktiertes Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 10,20-10,40; dto. ab Stettin 11,10-11,20.

Weidenstetter Marktbericht.
Schweinemarkt: 88 Käuferfische, 48-83 RM. für das Paar; 1090 Milchschweine, 17-44 Rm. für das Paar. Handel lebhaft; kleiner Ueberstand.

Viehmarkt: 7 Döfeln 420-500 Rm. für das Stück; 19 Stiere 340-410 Rm.; 116 Kühe 200-430 Rm.; 54 Kalbeln 300-450; 103 Einstellvieh 54-290 Rm. Handel mäßig belebt; bei Kälberkäufen und Einstellvieh lebhaft.

Calw, Calw, Stuttgart, den 18. Juli 1932.

Todes-Anzeige



Nach langem, schwerem, im Kriege zugezogenem Leiden, ist mein innigstgeliebter Mann, der treubesorgte Vater meines Kindes, mein lieber Sohn und Bruder

Alfred Berner, Marine-Ingenieur i. R.

Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse
am 18. Juli im Alter von 43 Jahren seiner lieben Mutter rasch im Tode nachgefolgt.

In tiefer Trauer:

Erna Berner mit Tochter Liselotte, Kiel;
August Berner, Zugführer i. R., Calw;
Adolf Berner mit Familie, Stuttgart.

Die Beerdigung findet in Kiel statt.

Calw, den 18. Juli 1932.

Todes-Anzeige



Unsere liebe treubesorgte Mutter, Großmutter und Tante

Pauline Haller

geb. Wegler

durfte heute nach längerem schwerem Leiden zur ewigen Ruhe eingehen.

In tiefer Trauer:

Ortssteuerbeamter a. D. M. Haller
mit Kindern.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Von Kondolenzbefuchen bittet man Abstand nehmen zu wollen.

Calw, den 18. Juli 1932.



Für die wohlthuende Teilnahme, die mir anlähli. des Hinscheidens meines lieben Mannes

Otto Gneiting

Gewerbeschulrat

zum Ausdruck gebracht wurde, sage ich hierdurch, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen, herzlichsten Dank.

Hedwig Gneiting, geb. Steudle
mit Söhnchen Dieter.

Kursaal Bad Liebenzell

Mittwoch, 20. Juli 1932

Beginn 8¹/₂ Uhr - Ende 12¹/₂ Uhr

Schwarz-Weiß-Redoute

Premiierung der schönsten Sommertoilette
Rumba-Tanzkapelle Fred de Rossie
Bei schönem Wetter Lampionpolonaise durch die Kuranlagen. — Eintritt frei

Tischbestellung erbeten unter Tel. Nr. 70 Stadt.

Kursaal Bad Liebenzell.

Fahrverbindung nach Calw und Pforzheim am Schluß der Veranstaltung.

Billiger Verwaltungs-Sonderzug mit 2 u. 3 Kl.

Stuttgart - HAMBURG - BREMEN

-Stuttgart, je über Heilbronn-Würzburg.

Abfahrt 13. Aug. um 17.15, Rückkunft 19. Aug. 19.58.

Von Hamburg aus 14.-16. Aug. Hochseefahrt mit dem Motorschiff St. Louis der Hamburg - Amerika Linie.

Gesamtkosten von RM. 126,70 an

Programm, Auskunft, Anmeldung - möglichst bald erbeten - bei den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe, bei den Hapag-Reisebüros in Stuttgart, Königstr. 12 und Hauptbahnhof, bei den Hapag-Agenturen, b. Reisebüro Rominger in Stuttgart, Königstr. 21, und bei dessen Zweigstellen.

Stuttgart, Juli 1932.

Reichsbahn-Verkehrsämter d. Reichsbahn-Direktion Stuttgart

Delfässer Rasiermesser

gibt wieder laufend billig ab

werden haarstarr abgegraben bei

Ch. Schlatterer

Friseur Obermatt.

Ehe Sie einen

Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

„Tagblatt“-Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 23

Rheumatismus, Ischias- und sonstige Leiden finden Linderung durch ein
Heißluftbad mit Massage
E. Seidenspinner
staatlich
geprüfte Krankenschwester,
Hirsau, Klosterhof 50 II

Zuvers. Person für dort. Bezirksfiliale als Generalvert. gesucht hoch. dauernder Verd. Beruf gl. (kostenlos) Gehring u. Co. G.m.b.H. Unkel/Rhein 2020

Etwas gebrauchte
Möbelstücke
Bettstellen usw.
zu kaufen gesucht.
Preisangeb. unter M. S. 166 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Dr. Schleich

hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen

Sprechstunde Werktags 11-1 Uhr

Amtl. Bekanntmachungen

Neuweiler

Am Donnerstag, den 21. Juli 1932, findet hier

Krämer-, Vieh- u. Schweinemarkt

statt, wozu Einladung ergeht.

Der Gemeinderat.

Großer Sommer-Ausverkauf mit starken Preisermäßigungen

Paul Rächle G.m.b.H. am Markt Calw

bis 2. August